



Das Reichsbanner

Nr. 10 Oktober 1970 14. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ - ROT - GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Einheit und Freiheit - 1945

Der Kampf um die demokratische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland

von Dr. Albrecht Kaden, Reg.-Direktor, Hannover

Die nächsten Monate werden in der Bundesrepublik neben anderen politischen Auseinandersetzungen vor allem ein Thema nennen, um das die öffentliche Diskussion gehen wird: ich meine das Thema „Moskauer Vertrag vom 12. August 1970“.

Daß dieser Vertrag von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler in Moskau unterzeichnet wurde, wird nicht nur die parlamentarische Opposition, die CDU/CSU, sondern auch Teile der deutschen Öffentlichkeit dazu herausfordern, alte und schon begrabene Klischees hervorzuholen, um sie zur Schelte der sozialliberalen Koalition in Bonn zu benutzen.

Mich sollte es nicht wundern, wenn wir dabei auch wieder jenem scheußlichen, aber wirksamen Propaganda-Geschwätz begegnen, das Mitte der Fünfziger Jahre schon einmal die Atmosphäre in der Bundesrepublik vergiftete, wonach nämlich alle Wege mit der SPD in Moskau endeten.

Schon damals schien vergessen zu sein, was die deutsche Sozialdemokratie im ersten Nachkriegsjahr 1945/46 an geschichtlicher Leistung für die Entwicklung zur Demokratie in Deutschland erbracht hatte. Ich meine, es ist heute an der Zeit, wieder auf diese Leistung hinzuweisen, damit auch in der Diskussion um ein aktuelles Thema nicht nur diese Seite, sondern die ganze geschichtliche Wirklichkeit ins Blickfeld der Öffentlichkeit tritt. Dabei knüpfe ich als Historiker an die bewegende Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an und erinnere in vollem Respekt vor der im Reichsbanner geübten Überparteilichkeit an die Tatsache, daß neben den Mitgliedern des Zentrums und der deutschen Demokratischen Partei eine beachtliche Mehrheit der einfachen Mitglieder des Reichsbanners aus der SPD der Weimarer Republik stammten. Es wäre der Untersuchung wert, wie stark der Einfluß ehemaliger Reichsbannermitglieder war, als es im Jahre 1945/46 darum ging, die Möglichkeiten für eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung zu eröffnen und zu bewahren. Diese Arbeit bleibt der Geschichtswissenschaft noch zu bewältigen.

Meine Aufgabe kann es nur sein, in die Erinnerung zurückzurufen, was vor 25 Jahren – von einer großen Mehrheit unseres Volkes unbeachtet und weithin inzwischen vergessen – in den Reihen der wiedergegründeten SPD für die Entwicklung im westlich demokratischen Sinne geleistet wurde.

Lassen Sie mich dafür zunächst die Ausgangslage schildern. Es waren vor allem zwei Gruppen, die sich kurz nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches als die Träger der politischen Ideen einer demokratischen Neugestaltung erwiesen: auf der einen Seite die „Christlichen“, auf der anderen Seite die „Linken“ als die beiden großen Sammelbecken der politischen Kräfte, die zwölf Jahre lang unterdrückt waren. Während sich aber – ähnlich wie in anderen Ländern Europas – auf der Seite der „Christlichen“ 1945 die Integrationsbestrebungen konkretisierten, die zu einer überkonfessionellen Partei führen sollte begann auf der Seite der „Linken“ jene Auseinandersetzung, von der wir heute sagen können, daß sie eine der wichtigsten und folgenreichsten

AN UNSERE LESER!

Wir beginnen in dieser Nummer in Fortsetzungen mit dem Abdruck der Vorträge, die auf der 2. politischen Informations- und Bildungsveranstaltung unseres Bundes am 19. und 20. September 1970 in Hannover gehalten wurden.

Die Redaktion

Entscheidungen brachte, die im ersten Nachkriegsjahr in der innerdeutschen Politik fiel: nämlich die Auseinandersetzung um die Frage, ob die Einheit der Arbeiterbewegung auf deutschem Boden verwirklicht oder ob die Freiheit ihrer Entwicklung erreicht werden könnte. Die Einheit und die Freiheit gleichermaßen zu erreichen, das ist bis heute der deutschen Nation wie ihrer Arbeiterbewegung versagt geblieben – und alles deutet darauf hin, daß sie beide in der voraussehbaren Zukunft nicht gleichzeitig zu erreichen sind.

Im Jahre 1925 – ein Jahr nach der Gründung des Reichsbanners hielt die SPD in Heidelberg ihren Parteitag ab, der das Parteiprogramm für die Zeit der Weimarer Republik neu formulierte. Darin wurde es als „Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei“ bezeichnet, „den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen“.

Was unter dieser Aufgabe des „einheitlichen Befreiungskampfes“ zu verstehen sei, war in ungezählten Diskussionen und Parteitagsdebatten erörtert worden. Zu einem Ergebnis kamen diese Diskussionen nicht. Selbst die zentralen Begriffe „Klassenkampf“ und „Arbeiterklasse“ die in allen Entschliefungen programmatischen Inhalts wiederkehrten, blieben wie andere wichtigen Grundbegriffe ungeklärt.

Der Unklarheit im Theoretischen entsprach in der Weimarer Republik die organisatorische Zerrissenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung. So konnte der Gedanke Fuß fassen, es sei der Uneinigkeit der „Linken“ zuzuschreiben, daß Hitler und sein Nationalismus die demokratische Republik von Weimar zerstören konnten. Als Lehre für Gegenwart und Zukunft entstand daraus das Ziel, die Einheit der Arbeiterbewegung wieder zu errichten – oder wie es das Prager Manifest des emigrierten SPD-Parteivorstandes 1934 formulierte: „Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt“. Und darunter verstand man damals in Deutschland auch die Einigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Überlieferte Dokumente des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zeigen, daß in Deutschland zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Druck der gemeinsamen Gefährdung ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit erwachsen war. Im Widerstand ebneten sich die „Richtungsunterschiede“ so weit ein, daß es bei vielen Sozialdemokraten 1945 gar keine Frage gab, was nun zu tun sei. Es schien ganz klar zu sein, daß nun die einheitliche Organisa-

tion der Arbeiterbewegung aufgebaut werden mußte – eine Organisation, die keine Richtungskämpfe mehr kannte, die über das Trennende der Vergangenheit die Gemeinsamkeit der künftigen Aufgabe stellte, die da hieß, eine Einheitspartei aller Sozialisten zu schaffen, als Bollwerk für die Demokratisierung Deutschlands.

Anders lagen die Gedankengänge bei jenen Emigranten, die durch ihre Verbindungen in der vom Nationalsozialismus freien Welt die Möglichkeit eigener Orientierung behalten hatten. Besonders die Entwicklungen in der Sowjet-Union bei den großen Prozessen in den Jahren 1936/37 entschieden das schließlich negative Verhältnis der führenden Emigranten gegenüber den Kommunisten.

Aus einem Referat Erich Ollenhauers aus dem Dezember 1942 in London wissen wir, daß in der sozialdemokratischen Emigration lange vor dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus Übereinstimmung darüber herrschte, daß eine Einigung zwischen SPD und KPD ausgeschlossen sei. Aber diese programmatische Klarheit hat im Sommer 1945 in weiten Teilen Deutschlands nicht bestanden und war, wie wir dargestellt haben, nach den gemeinsamen Erfahrungen von Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem NS-Regime dem Willen zum gemeinsamen Neubeginn gewichen.

Auf diesem ideologisch-politischen Hintergrund ist zu sehen, was sich im Sommer 1945 auf dem Boden des besetzten Deutschlands vollzog. Schon im Juni 1945, also noch vor dem Einzug der Westmächte in Berlin, hatten die Sowjets in ihrer Besatzungszone die „Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien“ erlaubt.

Wenige Tage später wandte sich in Berlin ein „Zentralausschuß der SPD“ mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit, den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Organisation zu beginnen. In diesem Aufruf vom 15. Juni 1945 hieß es: „Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterbewegung führen“.

Damit knüpfte die erste sichtbare werdende Führungsgruppe der wiedererstandenen SPD an das Prager Manifest von 1934 an und gab einer weit verbreiteten Haltung der in Deutschland das Hitler-Reich überlebenden Sozialdemokraten Ausdruck.

Nicht wenige dieser Sozialdemokraten nahmen im Sommer 1945 an, daß der Parteivorstand der SPD wieder in Berlin gebildet würde. Deshalb erwarteten sie von Berlin die Richtlinien für den Wiederaufbau der Parteiorganisation.

Das gab der Führungsspitze in Berlin die außer der Billigung der sowjetischen Besatzungsmacht nur die Zustimmung der Berliner Funktionäre besaß – die also im formalen Sinne kein Mandat hatte – eine Bedeutung, die weit über die sowjetische Besatzungszone hinausreichte.

Und diese Bedeutung war um so größer, als im Sommer 1945 die Zonengrenzen – auch die zur sowjetischen Zone – noch nicht als jene tiefeinschneidenden Abgrenzungen bewußt geworden waren, als die sie sich sehr schnell und später sehr nachdrücklich erweisen sollten.

Unter den Sozialdemokraten der ersten Stunde, wie wir sie einmal nennen wollen, war das Gefühl verbreitet, die Anhänger der kommunistischen Partei – sie wurde auch bezeichnet als „Bruderpartei“ – seien durch die Erfahrungen der Hitler-Diktatur zur Demokratie bekehrt und sie seien willens und fähig, ihren Beitrag zur Wiederherstellung der „sozialistischen Einheit“ zu leisten. Versuche von sozialdemokratischer Seite zu einer organisatorischen Einheit mit den Kommunisten zu gelangen, sind aus

Kiel, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Wiesbaden, Ludwigsburg, Regensburg und München belegt, um nur einige Orte zu nennen. In den westlichen Besatzungszonen unterschied sich die legale parteipolitische Betätigungsmöglichkeit nicht nur nach den Zonen – z. B. war sie in der französischen Zone im Jahre 1945 praktisch völlig unmöglich – auch in der britischen und amerikanischen Zone waren die Verhältnisse örtlich ganz verschieden. Generell läßt sich aber sagen, daß sich der Prozeß der Wiedergründung der SPD in den Westzonen langsam und zunächst ohne zentrale Leitung vollzog. Um so größer war die Neigung, sich nach dem in Berlin gesetzten Beispiel zu richten. Weitgehend unbekannt blieben dabei die beiden Faktoren, die in den Westzonen bis zum Oktober 1945 wirksam wurden und dann zu der geschichtlich bedeutsamen Entscheidung führten, von der nun zu sprechen sein wird: ich meine das Ergebnis der ersten Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre in Wennigsen bei Hannover am 5. und 6. Oktober 1945.

Zwei Faktoren, sagte ich, waren wirksam geworden. Einmal die Tatsache, daß in der Sowjetzone – und in Berlin, das später zum Brennpunkt der Entscheidung werden sollte – die Kommunisten sich zunächst weigerten, einer organisatorischen Vereinigung mit den Sozialdemokraten zuzustimmen. Sobald das im Frühjahr 1945 auch in den Westzonen bekannt geworden war – nachdem nämlich die KPD-Zentrale in Berlin ihre Verbindungsleute in die westlichen KPD-Bezirke geschickt hatte – verschwand auch in den genannten Orten im Westen die Bereitschaft der Kommunisten wieder, mit den Sozialdemokraten über Fragen der organisatorischen Vereinigung zu verhandeln.

Der zweite wirksame Faktor war der spätere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher, der nach zehnjähriger KZ-Haft vom NS-Regime angewiesen worden war, in Hannover zu leben und sofort nach dem Einmarsch der Alliierten in Hannover mit dem Wiederaufbau der SPD begann. Ihm war es möglich, im Sommer 1945 trotz der Beschränkungen, die die Briten und die Amerikaner aufrechterhielten, mit den sich bildenden Bezirksleitungen der SPD in der britischen Zone und im westlichen Teil der amerikanischen Zone in Kontakt zu treten. Von ihnen besaß er im September 1945 die Vollmacht, eine Konferenz einzuberufen, die es ihm ermöglichte, das Wiedererstehen der sozialdemokratischen Organisation zu zentralisieren, soweit es sich um die SPD in den Westzonen handelte.

Wie war Schumachers Haltung im Verhältnis zu den Kommunisten? Schon in der ersten aus der Nachkriegszeit überlieferten Rede, die Schumacher Anfang Mai in Hannover vor den Funktionären des Ortsvereins gehalten hat, finden wir folgende Sätze über den Wunsch, eine einheitliche Arbeiterpartei zu errichten:

„Sie ist nicht möglich kraft der machtpolitischen Gegebenheiten und der außenpolitischen Bindungen. Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, daß die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind.“

Wir demokratischen Sozialisten dagegen gehen nicht von der Auffassung ab, daß wir uns nach den politischen und sozialen Notwendigkeiten der deutschen arbeitenden Klassen zu richten und von diesem Standpunkt aus die internationale Zusammenarbeit mit allen Arbeiterparteien der Welt zu betreiben haben, die dazu bereit sind. Wir können nicht und wir wollen nicht das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses sein.“

Soweit Dr. Schumacher im Jahre 1945.

(Fortsetzung folgt)

Das RB-Interview

Am 14. September 1970 wurde dem Ehren- und wiedergewählten Ersten Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten, Christian Weiß, vom Frankfurter Oberbürgermeister Möller im Römer das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. RB nahm dieses Ereignis zum Anlaß eines kleinen Interviews, wie es in Zukunft öfters in unserer Zeitschrift erscheinen soll.

RB: Nachdem Dir, Kamerad Weiß, die Stadt Frankfurt am Main in den vergangenen Jahren bereits die Römerplakette und die Ehrenplakette verliehen hat, hat nun der Frankfurter Ober-

bürgermeister Möller mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande auch Deinen Einsatz für die deutsche Demokratie honoriert. Bevor wir uns mit diesem Aspekt befassen, möchten unsere Leser gern in einem kurzen Rückblick wissen, in welchen Funktionen Du nach 1945 für die Stadt Frankfurt gewirkt hast.

Chr. Weiß: Nach 1945 habe ich zunächst ein Internierungslager verwaltet. Das war eine „negative“, aber notwendige Arbeit. Als Direktor der Trümmerverwertungsgesellschaft Frankfurt half ich mit, die positiven Voraussetzungen für den Aufbau

der schwer zerstörten Stadt zu schaffen. Dem Stadtparlament im Frankfurter Römer gehörte ich von 1947 bis 1964 an.

RB: Deine Arbeit nach 1945 war also eine Kombination verwaltdender und politisch-parlamentarischer Tätigkeiten, die sich zum Nutzen der Stadt gut ergänzen haben. Der Frankfurter OB Möller erklärte bei der Überreichung des Bundesverdienstkreuzes, die Festigung und Bewahrung der deutschen Demokratie sei immer Dein Bestreben gewesen: Vor 1933 als Sekretär des Reichsbanners, um mit aktiven Demokraten aus allen demokratischen Parteien in Frankfurt und Hessen die Katastrophe des Nazismus von unserem Volke abzuwenden. So auch nach 1945 mit dem Aufbau des Reichsbanners in Hessen und ab 1965 mit der Neubelebung im freien Deutschland. Die Jüngeren unter uns möchten gern von Dir, Kamerad Weiß, wissen, was für diese Aktivitäten Deine innersten Antriebe waren?

Chr. Weiß: Wir alten Reichsbanner-Männer wollten mit der Reaktivierung unseres Bundes der deutschen Öffentlichkeit bewußt machen, daß der Demokratie wieder Gefahren drohen – Gefahren von rechts- wie von linksextremistischer Seite, aber auch aus all den Winkeln heraus, in die sich die Verbrecher 1945 feige verkrochen haben.

RB: Kamerad Weiß, Du hast bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im historischen Frankfurter Römer einige unmißverständliche Sätze über bürokratische Hemmnisse ausgesprochen, die es verdienen, hier auch einem größeren Kreise mitgeteilt zu werden.

Chr. Weiß: In der Tat, ich habe für die Ehrung durch diesen demokratischen Staat herzlich und gebührend gedankt. Aber das konnte mich nicht davon abhalten, freimütig darauf hinzuweisen, daß es zwischen den rein politischen Bereichen in unserer Bundesrepublik und manchen Behörden gravierende Unterscheidungen gibt. Beispielsweise werden dem Reichsbanner und den Freien Turnern bei der Anmeldung von Wiedergutmachungsansprüchen bürokratische Hemmschuhe angelegt, die erkennen lassen, daß manche Staatsbedienstete vom Geist der Demokratie noch kaum einen Hauch verspürt haben. Sie wissen nicht, was das Jahr 1933 für alle Anständigen an Furchtbarem bedeutet hat. Wenn Behörden, wie leider geschehen, verlangen, daß wir über das 1933 in unseren Büros „beschlagnahmte“ Vermögen heute Quittungen der SA- und SS-Kommandos vorlegen, dann verrät dieser Wunsch entweder eine untragbare und erschreckende politische und historische Ahnungslosigkeit oder es ist einfach die Verhöhnung aktiver Demokraten durch Bürokraten. Beides sollte von unseren Politikern nicht geduldet werden, denn eines Tages könnte sich diese mit Formalismen getarnte undemokratische Gesinnung auch gegen sie wenden. Deshalb muß man aussprechen, was ist!

RB: Wir danken Dir, lieber Kamerad Weiß, für diese klaren Worte und wünschen Dir gute Gesundheit und damit die gewohnte Energie für die Arbeit in unserem Bund! EK

Günter Gaus

Harzburger Front in Bonn

„Nichts gedeiht in diesem Lande so gut wie die Heuchelei. Wie sie klagen und jammern, die Patentdemokraten, über die bösen Worte im Bundestag, über die Kluft zwischen Regierung und Opposition, den brückenlosen Graben zwischen Rechts und Links – als ob es diesen Graben nicht immer gegeben hätte und er nicht nur zugedeckt gewesen wäre von den verlogenen, selbstbetrügerischen Werbesprüchen über das Ende aller Klassengegensätze in der Sozialen Marktwirtschaft, die Aufhebung des Unterschieds zwischen reaktionären Kräften und reformwilligen Gruppen, die angebliche Widerlegung des Satzes, im Lande Adenauers und Erhards, daß manche Tiere gleicher sind als andere.

Die CDU/CSU, keine Partei, sondern eine Union des konflikt-scheuen Arrangements, hat 20 Jahre lang ihr Existenzprinzip (einigen viel, allen etwas zu geben, solange der Kuchen reicht) als Lösung der gesellschaftlichen Mängel Westdeutschlands propagiert und praktiziert; die Sozialdemokratie hat dem zehn Jahre widerstanden und zehn Jahre lang sich angepaßt. Daß Bonn nicht Weimar sei, stand auf den Scheuklappen, die Westdeutschlands Wähler und Gewählte immer aufsetzten, wenn ihre sogenannte formierte Gesellschaft in Unordnung zu geraten drohte.

Das geht nun nicht mehr. Man muß das Niveau der jetzigen politischen Auseinandersetzung in Bonn nicht hochstehend finden: der Streit ist wahrhaftiger geworden. Nicht länger kann man glauben, das Verbot der KPD und das schlechte Abschneiden der offen-treuherzig Rechtsradikalen bei den Wahlen bewiesen bereits etwas für den Zustand dieser Gesellschaft, ihre Teilung in Schwache und Starke, in Abhängige und Unabhängige.

Das alte Muster ist immer noch da, auch wenn sich Bonns Politiker noch soviel Mühe gegeben haben, die Unterscheidung von Rechts und Links als überholt, nicht mehr stichhaltig und vorgestrig zu kaschieren. Es mag für manchen genierlich sein: dies ist eine Klassengesellschaft. Außer dem Bewußtsein davon fehlt ihr keines der einschlägigen Kriterien.

Natürlich hat Alex Möller recht gehabt, als er die Schuldigen an den Inflationen nach den beiden Kriegen in die geistige Nähe der CDU/CSU rückte. Es braucht der historischen Beweise nicht. Die einseitig das Kapital begünstigende Steuergesetzgebung in zwanzig Jahren Unions-Regierung stellt die Verbindung zwischen den Machthabern aus den Inflationsjahren und der Partei Kiesingers und Strauß' mühelos her.

Arbeitnehmer Katzer mag noch so beleidigt sein: Am Ende, wenn die Stimmen gezählt werden, hat der Wirtschaftsrat der CDU noch

immer einmal mehr „Hier!“ gerufen, als die soziale Garnierung der Unternehmerpartei es durfte.

Wenn Brandt an die „Harzburger Front“ erinnert, um die Feinde der jetzigen Regierung zu charakterisieren – was ist denn daran falsch? Der Trick, mit dem Barzels Opposition solche Vergleiche aus der Welt schaffen will, ist zu simpel, als daß er noch lange verfangen könnte. Stoltenberg (zum Beispiel) ist natürlich zu jung, um Direktor bei Hugenberg gewesen zu sein. Aber was fehlt ihm denn sonst zu einem Deutschnationalen?

Hier eben wird Barzels Empörung zur Schmiere: äußerliche Unterschiede, andere Parteinamen und ein anderes Vokabular haben die inneren Verbindungslinien nicht unterbrochen. Im Jahre 1945 hat weniger neu begonnen, als wir uns lange geschmeichelt haben.

Dabei muß man gar nicht darauf verweisen, daß der vorige Bundeskanzler NS-Parteigenosse gewesen ist. Was in der politischen Polarisierung der letzten Monate sichtbar wird, reicht weiter zurück als bis zum NS-Regime und ist auch gesellschaftlich prägender, als Hitlers zwölf Jahre gewesen sind.

Kiesingers Parteigenossenschaft ist allenfalls in einem Punkt interessant: zum Selbstbetrug der Bundesrepublik gehört, daß man allzu lange ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Nationalsozialisten das gleiche Recht auf Irrtum eingeräumt hat – weil man schon dankbar war, daß auf diese Weise wenigstens die parlamentarische Rechte aufhörte, kommunistische Renegaten zu verteufeln. Das war falsch: wer in den zwanziger Jahren Kommunist wurde, hat weniger gefehlt als einer, der nach 1933 der NSDAP beitrug.

Die Bundesregierung ist freilich nicht entschieden genug im Durchfechten ihres Standpunktes. Sie ähnelt „Bild“ darin, daß sie, wenn der Konflikt verbal heftig wird, rührselig der guten alten Zeit nachweint, in der zwar auch schon ein Wahlerfolg der SPD als der Untergang Deutschlands bezeichnet wurde, aber im großen und ganzen gegenüber den Sozialdemokraten doch die Toleranz der Gleichgültigkeit gewahrt blieb. Gewinnen kann Brandt mit Halbherzigkeit nichts; nicht einmal die FDP wird er auf diese Weise retten.

Es hat sich gezeigt, daß es vor einem Jahr nicht zu einem Machtwechsel gekommen ist. Aber der Ansatz dazu, die Möglichkeit sind dem westdeutschen Machtkartell aus Industrie durch den Regierungswechsel vor Augen geführt worden. Das Kartell wehrt sich – die politische Sprache wird ehrlicher, die Heuchelei sichtbarer.“

Ein notwendiges Nachwort

Mit dem Abdruck dieses Artikels aus dem „Spiegel“ Nr. 43/1970 identifizieren wir uns **ausdrücklich nicht** mit der von Gaus geäußerten Meinung, da wir wissen, wieviele entscheidende Demokraten mit gemeinsamen Grundüberzeugungen, die uns auch im Reichsbanner einen, in den großen demokratischen Parteien CDU, SPD und FDP wirksam sind. Wir sollten aber auch unbequeme und manche unserer Freunde verletzende Auffassungen zur Kenntnis nehmen und darüber nachdenken und vielleicht auch darauf reagieren. Denn, weder der Rechts- noch der Linksextremismus darf bagatellisiert werden – und die Harzburger Front ist wirklich nicht tot.

Die Redaktion

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten e.V.

Bundesgeschäftsstelle:

6 Frankfurt am Main,
Reineckstr. 7, Parkhaus Konstabler
(Zwischengeschoß)
Telefon 0611 – 294163

DER BUNDESVORSTAND

Ehrenvorsitzender:

Dietrich **Westermann**, 28 Bremen
Plettenberger Weg 18
Telefon 0421 – 440733

1. Bundesvorsitzender:

Christian **Weiß**, 6 Frankfurt 50
Im Uhrig 39
Telefon 0611 – 511825

Stellvertr. Bundesvorsitzende:

Heinrich **Ditter**, 6 Frankfurt
Melibocusstraße 30
Telefon 0611 – 672352

Willi **Haag**, 6 Frankfurt

Ulrichstraße 78
Tel. privat 0611 – 511105
dienstl. über 0611 – 2647340

1. Schriftführer:

Wilhelm **Krämer**, 623 Ffm-Höchst 80
Engelsruhe 14
Telefon 0611 – 317310

Stellvertr. Schriftführer:

Waldemar **Lorenz**, 6 Frankfurt-NO 14
Saalburgallee 23
Telefon 0611 – 455282

1. Schatzmeister:

Georg **Schaffner**, 6 Frankfurt-NO 14
Freiligrathstraße 3
Telefon 0611 – 437210

Stellvertr. Schatzmeister:

Willi **Haug**, 6202 Wiesbaden-Biebrich
Biebricher Allee 88
Telefon 06121 – 83512

Presse- und Bildungsarbeit:

August **Kerger**, 53 Bonn-1
Nikolausstraße 17 II
Tel. privat 02221 – 29715
dienstl. über 02221 – 221901

Stellvertreter:

Erich **Knapp**, 53 Bonn-1
Annagraben 45 bei Ruhland
(Post nach 6941 Oberlaudenbach,
Steinkopf 17)

Jugendarbeit:

J. **Karp jr.**, 509 Leverkusen
Petersbergstraße 41
Telefon 02172 – 71362

Dazu kommen als **Beisitzer** die
jeweiligen **Landesvorsitzenden**.

Revisoren:

Walter **Fiedler**, 6451 Niederissigheim
Brüder-Grimm-Straße 7
Telefon 06181 – 71694

Ernst **Schebler**, 6 Frankfurt N 50
Hammarskjöldring 109 pt.

Georg **Walter**, 3 Hannover
Egestorfstraße 3

Der Ehrenvorsitzende, der 1. Bundesvorsitzende, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden, der 1. Schriftführer und der 1. Schatzmeister, der Presse- und Bildungsreferent, bilden den **Geschäftsführenden Vorstand**. Dazu kommt als Vertreter von Berlin Franz Meyer, 1 Berlin 61, Yorkstraße 4–11. Im Verhinderungsfall der Funktionsträger treten an ihre Stelle die gewählten Vertreter.

Wir haben aus vielen Gründen die letzte Seite nicht mit organisatorischen Mitteilungen und Berichten ausfüllen können. Wir sind noch in Schuld bei manchen Kameraden und Ortsvereinen. In der nächsten Nummer werden wir unsere Absichten über die Gliederungen des Textteiles kenntlich machen. Bis dahin bitten wir um Nachsicht.

AUGUST KERGER

ERICH KNAPP

Mitteilungen des Bundesvorsitzenden

Werte Kameraden! Über die Tagung in Hannover geht in Kürze jedem Mitglied des Bundesvorstandes ein Kurzbericht zu.

Die Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 10. Oktober 1970 hat beschlossen, die Landesverbände und Ortsvereine zu ersuchen, ihre zur Veröffentlichung im „Reichsbanner“ bestimmten **Artikel und Versammlungsanzeigen** etc. bis zum **5. eines jeden Monats** an den Kameraden August Kerger, 28 Bonn, Nikolausstraße 17 zu schicken.

Über die weiteren Beschlüsse erhalten alle Mitglieder des Bundesvorstandes das Protokoll der Sitzung.

Landesverband Hessen

Die aus terminlichen Gründen verschobene Vorstandssitzung findet kurz nach den hessischen Landtagswahlen statt. Einladungen erfolgen rechtzeitig.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 10 – Oktober 1970 – 14. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,

6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 294161.

Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II.

Tel.: (02221) 229715 und Erich Knapp, 53 Bonn-1, Annagraben 45 bei Ruhland.

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach am Main.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.